

Corona-Info der ISO N² 10.04.20

Liebe Genoss*innen, liebe Freund*innen,

ein Statement zum Frontalangriff auf den 8-Studententag werdet ihr in diesem Info nicht finden, vielleicht ist dazu aber auch gar nicht so viel zu schreiben, es scheint auf der Hand zu liegen, dass wir dagegen aktiv werden. Über Beiträge aus eurer Praxis würden wir uns sehr freuen: Welche Hebelpunkte findet ihr, mit wem stellt ihr was auf die Beine, welche Erfolge und Misserfolge passieren euch? Gehört ihr zu denen, die jetzt schon unter diesen Bedingungen arbeiten müssen? Schreibt uns! Auch andere Berichte wären willkommen, darüber wie es euch gelingt, in eurem Alltag Aktivitäten zu entwickeln—wir alle brauchen praktische, Mut machende Beispiele.

Ansonsten haben wir versucht, ein paar aus unserer Sicht beachtenswerte Beiträge der letzten Tage zusammenzutragen, ganz vorne dabei die [Erklärung von mehr als 15 sozialistischen Organisationen aus Europa](#) ein gutes Zeichen, dass es uns gelungen ist, in so einer komplizierten und sich schnell entwickelnden Situation ein deutliches Zeichen zu setzen und gemeinsam entscheidende Forderungen zu formulieren, die uns auf dieser Ebene zusammenbringen.

Eine Serie von ISO-Aufklebern mit unseren Forderungen ist auf dem Weg in die verschiedenen Orte schickt uns ruhig Fotos, wo ihr sie bestmöglich platziert und welche Diskussionen sie in eurem Umfeld anstoßen. Für diejenigen unter uns, die lieber auf Facebook klicken, als bei Sonnenschein durch die Straßen zu ziehen, haben wir auch eine Bilderserie erstellt, die wir nach und nach auf [unserer Facebookseite veröffentlichen](#), die ersten sind schon online, also teilt und kommentiert!

Und natürlich wünschen wir euch erholsame Feiertage, auch wenn wir wissen, dass dies meist ein ketzerischer Wunsch bleibt. Bis die Tage,



[Michael](#) und [Wilfried](#)



[S. 3 Erklärung von europäischen Organisationen der Vierten Internationale](#)

[S. 17 Auswahl von Sharepics die ihr auf Facebook findet und verbreiten könnt....](#)

[S. 18 Beachtenswerte Online Blogs zum Thema Corona](#)

[S. 19 Erklärung von Gauche Anticapitaliste / Stroming voor een Antikapitalistisch Project \(Belgien\)](#)

[S. 27 Noch immer nicht genug zum Lesen für die Ostertage? - Drei Tips!](#)



Internationale Sozialistische Organisation

www.intersoz.org – facebook.com/intersoz.org – iso@intersoz.org – twitter.com/InterSozOrg

Covid-19-Pandemie erzwingt die Einsicht: Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite!

Erklärung von europäischen Organisationen der Vierten Internationale

In Europa und vor allem in der Europäischen Union dem zweitgrößten Wirtschaftsblock der Welt wird Tag für Tag unter Beweis gestellt, dass die in den letzten zwanzig Jahren verfolgte Politik die Strukturen des öffentlichen Gesundheitswesens untergraben hat, die eine Pandemie wie die Covid-19-Pandemie bewältigen könnten. Im März befand sich dieses Gebiet im Herzen der Pandemie. Jetzt sind die USA an der Reihe, und morgen Afrika, Lateinamerika und Asien mit immer größeren Risiken für Millionen von Menschen in Ländern mit schlechten Gesundheitsstrukturen.

20 Jahre hindurch wurden Krankenhäuser, Stellen von Ärzten und Krankenpfleger*innen und Zehntausende von Intensivpflege- und Reanimationsbetten gestrichen, um den Regeln der Sparhaushalte und der Logik des liberalen

**Die heutige Krise:
ein Ergebnis der
Sparhaushalte der
letzten 20 Jahre**

Kapitalismus zur Verringerung des Anteils der sozialen Sicherung am Brutto-Inlands-Produkt gerecht zu werden. Abgesehen von Belgien, Deutschland, Luxemburg und Österreich haben die anderen Länder nur 4 bis 11 Intensivbetten pro 100 000 Einwohner*innen, wobei Portugal und Griechenland die niedrigsten Zahlen aufweisen. In diesen beiden Ländern, ebenso im Spanischen Staat, Frankreich und Großbritannien, ist es im letzten Jahrzehnt wiederholt zum planmäßigen Abbau

von Krankenhausbetten gekommen. Diese Politik, die in den letzten Jahren von den Beschäftigten im Gesundheitswesen immer wieder scharf kritisiert wurde, hat zu einem katastrophalen Mangel an Ressourcen zur Bewältigung der Pandemie geführt. Italien und Frankreich haben bereits ihre maximale Kapazität auf den Intensivstationen erreicht oder überschritten. Andere Länder werden in den kommenden Wochen mit der gleichen Situation konfrontiert sein. Die Regierungen haben überall nur zögerlich Schritte unternommen, um den Mangel mit der notwendigen Versorgung mit Schutzmaterial (Masken, Gele), wichtigen Geräten (Betten, Atemschutzgeräte) und der Rekrutierung von Krankenhauspersonal für den Notfall zu beheben. Selbst in Deutschland wurden in den vergangenen beiden Jahrzehnten Hunderttausende von Betten abgebaut, und aus dem Verhältnis von Krankenschwestern und -pflegern zu Patient*innen ergibt sich, dass mindestens 110 000 Krankenschwestern und -pfleger fehlen.

Schreckgespenst Rezension

Was die Regierungen und die Unternehmer*innen in Europa in erster Linie umtreibt, ist das Schreckgespenst der Rezession und die Aufrechterhaltung von maximaler Produktion. Als Notfallmaßnahmen zum Schutz der Bevölkerung verhängt wurden, sind mehrere Regierungen mit widersprüchlichen Verfügungen vorgegangen und tun dies immer noch. In mehreren Ländern waren sie zu Recht gezwungen, Entscheidungen über Einschränkungen für die gesamte Bevölkerung zu treffen, um die Ausbreitung des Virus zu verlangsamen, drängten sie weiter auf die Fortführung der maximalen wirtschaftlichen Aktivität, mit Gefährdung der

Gesundheit der Arbeiter*innen, sogar in Branchen wie Automobilproduktion, Bauindustrie, Rüstungsindustrie oder Werften. Darüber hinaus haben die Beschäftigten in den vitalen Bereichen (Lebensmittelproduktion und -verteilung, Straßen, öffentlicher Verkehr, medizinisches Personal und Personal in Pflegeheimen) kein ausreichendes individuelles Schutzmaterial, und selbst die EU-Richtlinien für Sicherheit- und Gesundheitsvorschriften werden weitgehend ignoriert.

Sofortige und strikte Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften!

Einige Länder haben Verordnungen erlassen, durch die „nicht wesentliche Tätigkeiten“ untersagt werden, aber immer mit dem Bestreben verbunden, den größten Teil der Produktion aufrechtzuerhalten. Frankreich und Italien haben bestimmte Entlassungen verboten, aber diese Maßnahmen sind nur von begrenzter Tragweite: Im Spanischen Staat müssen die von Betriebsstillegungen betroffenen Beschäftigten die nicht geleisteten Arbeitsstunden nach der Wiedereröffnung der Betriebe nachholen, während es in den letzten Wochen bereits 1,5 Millionen Entlassungen gegeben hat, 500 000 davon in Katalonien. In Italien gab es einen starken Druck des Unternehmerverbands Confindustria, in den meisten Wirtschaftssektoren „business as usual“ fortzusetzen, aber die Arbeiter*innen und kämpferische Gewerkschaften haben die Regierung gezwungen, die Zahl der Sektoren, in denen weitergearbeitet werden darf, teilweise zu reduzieren. Derzeit genügt jedoch selbst in den am stärksten betroffenen Gebieten

eine einfache Erklärung gegenüber den örtlichen Polizeibehörden dafür, dass viele Fabriken ihren Betrieb fortsetzen können. Aber auch der Widerstand der Arbeiter*innen hält an. In Frankreich ist die Produktion vielfach wegen fehlender Teile oder unmittelbarer Absatzmöglichkeiten gestoppt worden. PSA und Renault versuchen nun, die maximale Aktivität wieder aufzunehmen. Die französische Arbeitsministerin höchstpersönlich hat maximalen Druck auf die Bauindustrie und den staatlichen Bausektor ausgeübt, ihre Tätigkeit wieder aufzunehmen.

Millionen von Beschäftigten sind entlassen oder auf Kurzarbeit mit Lohnabzügen gesetzt worden. Prekäre und befristete Verträge wurden nicht verlängert. Auch Millionen von Scheinselbständigen, die nicht den Status von Festangestellten hatten, waren plötzlich ohne Arbeit und ohne Einkommen. Aber für alle stehen sämtliche laufenden Ausgaben und Kreditrückzahlungen an und müssen bezahlt werden. Alle arbeitenden Menschen müssen ihr Einkommen unabhängig von ihrem Status (Lohn- und Gehaltsempfänger*innen, Selbständige, Arbeitslose, Zeitarbeiter*innen, Saisonarbeiter*innen usw.) zu 100 % garantiert bekommen, mit einem garantierten Minimum für alle, das sich nach den Lebenshaltungskosten im Land richtet. Gewinne und Dividenden sollten zur Finanzierung dieser Maßnahme verwendet werden.

Arbeitende, die unter prekären Bedingungen leben, Obdachlose und Frauen sind als erste von der Ausbreitung von Covid-19 und seiner Eindämmung betroffen. Prekäre

Wohnverhältnisse, beengte und ungesunde Behausungen sorgen dafür, dass Ausgangssperren für die Reichen und für die Armen etwas ganz anderes bedeuten. In Italien und Frankreich haben die Bessergestellten die Gebiete, in denen die Ansteckung am stärksten ist, verlassen, um sich in weniger gefährdeten Gebieten in Isolation zu begeben.

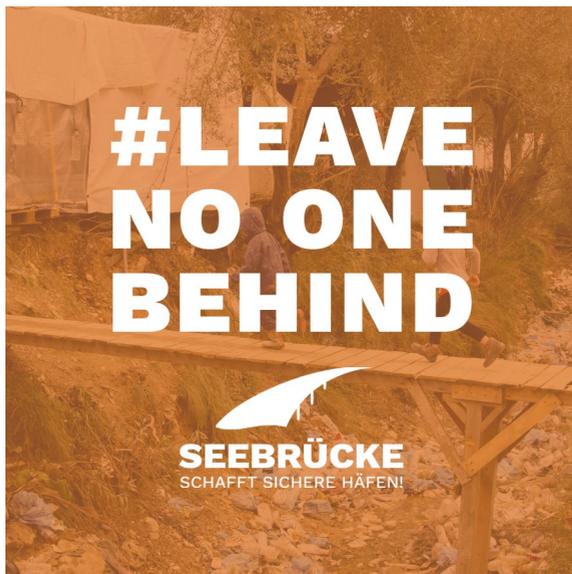
Die russischen Behörden haben repressive Maßnahmen ergriffen, bei Verstößen gegen die Quarantäne verhängen sie hohe Geldstrafen, die Infrastruktur für Videoüberwachung und Polizeikontrollen wurde verstärkt. Jedwede Unterstützung für Millionen von Beschäftigten in kleinen oder mittleren Firmen, die ihr Einkommen oder ihre Arbeitsplätze verloren haben, wird abgelehnt. Drei Millionen Arbeitsmigrant*innen aus Zentralasien, die nicht nach Hause zurückkehren können und von denen viele ihre Jobs verloren haben, sind in einer äußerst schwierigen Lage. Die Ausdehnung der Infektion droht zu hohen Zahlen von Todesfällen zu führen; das geht zum größten Teil auf das brutale neoliberale Programm zur „Optimierung“ der Krankenhäuser zurück, das in den letzten Jahren von der russischen Regierung umgesetzt worden ist.

Häusliche Gewalt und Frauenmorde werden in einem solchen Kontext zunehmen.

In Gefängnissen beispielsweise in Italien und Frankreich haben es die Gefängnisbevölkerung und das Personal mit Überbelegung zu tun, es fehlt an Schutzausrüstung.



Migrant*innen, insbesondere diejenigen, die zwischen Griechenland und der Türkei gestrandet sind, aber auch diejenigen, die in Lagern zusammengepfercht sind, sind aufgrund ihres prekären körperlichen Zustands noch stärker gefährdet. In den meisten Ländern sind sie ohne Unterstützung von NGOs, ohne Nahrungsmittelhilfe und in Zentren zusammengepfercht, in denen keine Schutzmaßnahmen angewendet werden können. Portugal hat beschlossen, die auf seinem Boden befindlichen Flüchtlinge vorübergehend zu regularisieren, aber dies betrifft nur diejenigen, die bereits einen von den Behörden bestätigten Regularisierungsantrag gestellt haben.



Mehr noch als andere Menschen sind Migrant*innen mit einer beispiellosen Krise im Hinblick auf Einkommen, Arbeitsplätze, Wohnverhältnisse und Hunger konfrontiert, Einrichtungen der „Wohlfahrt“ brechen für riesige und breit gefächerte, einheimische oder ausländische benachteiligte Gruppen der Bevölkerung einschließlich Migrant*innen und Flüchtlinge zusammen.

Migrant*innen und Menschen mit migrantischer Abstammung sind als Arbeitskräfte in den lebenswichtigen Bereichen stark vertreten: Gesundheit und Pflege, öffentlicher Verkehr, Nahrungsmittelproduktion. Reinigung: diese Bereiche sind

Nahrungsmittelproduktion, Reinigung; diese Bereiche sind zugleich sehr weitgehend feminisiert.

Die Pandemie verschärft die Klassendiskriminierung, die nicht privilegierten, die prekärsten Klassen zahlten für diese Pandemie den höchsten Preis und werden ihn weiter zahlen, insbesondere zahlen sie mit ihrem Leben.

Gleichzeitig haben mehrere Regierungen, mit Italien und Frankreich an der Spitze, versucht, ihre Nachlässigkeit durch eine kriegerische Haltung zu kaschieren, durch einen Rückgriff auf das gesamte Arsenal und den Apparat des Nationalismus: die Armee, die Nationalhymne, die Forderung nach „nationaler Einheit“, während die Klassendiskriminierung noch nie so stark war wie

Die Covid-Krise wird dazu benutzt, verschiedene Errungenschaften der Arbeiterbewegung in Frage zu stellen oder zu beseitigen

seit Beginn dieser Pandemie. Ebenso haben mehrere Regierungen den Ausnahmezustand ausgerufen (Italien, Frankreich, Portugal, Spanien), es gibt die Versuchung, diese Situation zu nutzen, um die sozialen und demokratischen Rechte einzuschränken. So wird in Deutschland die Covid-Krise dazu benutzt, verschiedene Errungenschaften der Arbeiterbewegung in Frage zu stellen oder zu beseitigen: In Bayern beispielsweise ist das Arbeitszeitgesetz gelockert und in ganz Deutschland wurden die Pflegepersonaluntergrenzen ausgesetzt. In Frankreich erlaubt es die Regierung per Dekret den Unternehmen, von den Vorschriften über die Arbeitszeit und die Gewährung von Urlaub abzuweichen, in Spanien und

Portugal wurden Vorschriften erlassen, mit denen das Streikrecht im Gesundheitswesen und in wesentlichen Produktionsbereichen beseitigt und Streikbruch zugelassen wird. Das ungarische Parlament erteilte Orban Vollmachten, durch die jegliche demokratische Kontrolle ausgesetzt wurden.

Diese Pandemie ist für viele Wissenschaftler*innen und andere nicht überraschend. Das massive Wachstum des Agrobusiness hat zusammen mit der Fleischindustrie und der Abholzung, mit wachsenden Slums in den Millionenstädten und globalen Produktionsketten eine tickende Bombe der Entwicklung und der weltweiten Verbreitung neuer und unbekannter Virenstämme geschaffen.

Die Europäische Union hat angesichts dieser Krise eine traurige Vorstellung geboten. Die derzeitige Situation ist das Ergebnis einer langjährigen Sparpolitik: So hat die EU im letzten Jahrzehnt nicht weniger als 63 Mal eine Kürzung der öffentlichen Gesundheitsausgaben in verschiedenen Ländern gefordert. Weit davon entfernt, eine Gesundheitskoordination einzurichten und Ressourcen zur Bekämpfung der Pandemie zu bündeln, haben die Regierungen zunächst die nationalen Grenzen zu „infizierten Ländern“ geschlossen oder die von Italien erbetene Hilfe verweigert und auf ungeordnete Weise widersprüchliche Maßnahmen ergriffen. Seit Wochen erhält Italien mehr Hilfe von China, Russland und sogar Kuba als von europäischen Ländern. Der Mangel an Masken, Tests und Intensivbetten machten in den meisten Ländern empfindliche Kontaktsperrn unumgänglich, aber auch heute gibt es keine Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, um aufzuholen. Auf

den europäischen Gipfeltreffen der letzten Wochen waren die vorübergehende Aussetzung der Haushaltsregeln und die Gewährung einer quantitativen Lockerung durch die Europäische Zentralbank (EZB) die einzigen Anliegen, um sich vor der Börsen- und Finanzkrise zu retten. Unterdessen lehnte die EU die geforderte Ausgabe von Corona-Bonds mit Haftung auf europäischer Ebene ab, durch die beispielsweise Italien zinsgünstige Darlehen erhalten könnte. Der einzige Vorschlag war zynischerweise, den Europäischen Sicherungsmechanismus (ESM) zu nutzen, der Hilfeleistungen von Sparmaßnahmen abhängig macht, wie sie ja gerade zu der derzeitigen katastrophalen Situation geführt haben. Zu keinem Zeitpunkt wurde eine Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Gesundheitsversorgung, der industriellen Ressourcen und des medizinischen Personals angestrebt; jeder Staat betreibt seine eigene Politik von Schutzmaßnahmen.

Sofortmaßnahmen

Die Organisationen der Vierten Internationale in Europa und Aktivist*innen der Vierten Internationale in Europa befürworten zusammen mit den Organisationen, in denen sie mitarbeiten, ein Programm von Sofortmaßnahmen:

- die Bereitstellung ausreichender Mittel für massenhafte Corona-Tests, die massive Erhöhung der Anzahl von Intensivbetten und Beatmungsgeräten; zur Aufhebung der heutigen Einschränkungen sind geeignete Schutzmasken und flächendeckende Corona-Tests für die gesamte Bevölkerung notwendig; dafür muss unverzüglich eine demokratisch

kontrollierte Produktion in die Wege geleitet und mit einer unkommerziellen Forschung nach Medikamenten und Impfstoffen gegen Covid-19 verbunden werden;

- die Einstellung aller wirtschaftlichen Aktivitäten, die für das tägliche Leben und den Gesundheitsschutz der Bevölkerung nicht lebensnotwendig sind,
- die 100-prozentige Übernahme der Verantwortung durch die Unternehmen und/oder die Staaten zur Lohnfortzahlung von Arbeiter*innen, die momentan nicht arbeiten, einschließlich prekärer Arbeiter*innen, Zeitarbeiter*innen, Hausangestellter, Scheinselbständiger und Saisonarbeiter*innen, ohne dass sie verpflichtet werden, Urlaubstage zu nehmen oder die nicht erbrachten Stunden anschließend nachzuarbeiten; der Staat verpflichtet sich zur Zahlung der Löhne von Arbeiter*innen, deren Unternehmen sich während der Krise weigern, sie zu bezahlen; die Regierung muss sich diese Kosten wieder zurückholen, indem sie Unternehmen, die sich der Nichtzahlung schuldig gemacht haben, mit Geldbußen bestraft; für die Arbeiter*innen im informellen Sektor, für die unbezahlten Arbeitslosen, für die Studierenden, für alle, die es brauchen, muss der Staat ein Mindesteinkommen garantieren, das ausreicht, um ein anständiges Leben zu führen;
- das Verbot aller Entlassungen und die Wiedereinstellung von Arbeiter*innen, die seit Beginn der Pandemie entlassen wurden;
- Ablehnung sämtlicher autoritärer und außerordentlicher Maßnahmen zur Aussetzung der sozialen Rechte, einschließlich des Streikrechts;

- Bereitstellung von Schutzmitteln (Masken, Desinfektionsmitteln, Brillen, Handschuhe) für alle Beschäftigten, die arbeiten müssen, sodass sie geschützt werden, und das Recht, Arbeiten umgehend zu verweigern, wenn die Sicherheitsbedingungen nicht eingehalten werden;
- den Stopp aller Zwangsräumungen, das Aussetzen von Mieten, Kreditrückzahlungen, Strom- und Wasserrechnungen, stattdessen: die Bereitstellung von angemessenem Wohnraum für alle, die in prekären Verhältnissen leben oder wohnungslos sind, die Beschlagnahme leerstehender Wohnungen;
- die Bereitstellung angemessener Hilfe für Menschen mit Behinderung, ältere Menschen und all jene, die durch Kontaktverbote sozial isoliert sind;
- insbesondere in Ländern, in denen Hausarrest bzw. „häusliche Quarantäne“ angeordnet wurde, müssen Sofortmaßnahmen zum Schutz von Frauen und Kindern getroffen werden, Opfer von Gewalt müssen durch rasches Handeln entweder durch Trennung gewalttätiger Partner*innen oder durch Bereitstellung alternativer Unterkünfte geschützt werden;
- der Zugang zu Verhütungsmitteln und zu Abtreibung gehören zur lebenswichtigen medizinischen Grundversorgung;
- sofortige Anerkennung aller bisher undokumentierten Migrant*innen und Flüchtlinge, sofortiger Zugang zum Sozialsystem und Ende aller Abschiebungen; sofortige Schließung der aus den Nähten platzenden Flüchtlingslager, insbesondere in Moria auf Lesbos, und Öffnung der Grenzen Europas zur sicheren Aufnahme der Flüchtlinge;

Angesichts der Situation müssen die Interessen der Volksklassen im Zentrum der notwendigen Notfallmaßnahmen stehen:

- **die Umstrukturierung des Gesundheitssektors** unter Einbeziehung des gesamten Privatsektors durch sofortige Einstellung aller Pflegekräfte, die für die Erhöhung der Zahl der Krankenhausbetten der medizinischen Dienste notwendig sind, die Wiedereröffnung der Krankenhäuser, die in den letzten Jahren geschlossen wurden, Öffnung aller notwendigen Strukturen im Gesundheitssektor und Erhöhung der Gehälter der Pflegekräfte;
- **Vergesellschaftung der Pharmaindustrie** und der Produktion von allen notwendigen Medikamenten – ohne Berücksichtigung etwaiger Patentrechte;
- **Überführung der wichtigsten Social-Media-Plattformen in öffentliches Eigentum**; Facebook, WhatsApp, Amazon und Zoom profitieren in großem Umfang von der gesellschaftlichen Quarantäne und sammeln Daten, die in Zukunft enorme Gewinne generieren werden; diese Firmen sollten öffentlich übernommen werden (ohne Entschädigung, diese Konzerne haben schon mehr als genug eingestrichen), diese Plattformen sollen als gemeinnützige, transparente, öffentliche Dienste betrieben werden;
- **Bestattungsunternehmen sollen in öffentliches Eigentum überführt werden**; private Unternehmen sollten nicht vom Tod profitieren und versuchen, die Trauer der Menschen dafür zu nutzen, ihre Gewinne zu maximieren;

- **für eine nachhaltige Landwirtschaft** und globale Ernährungsgerechtigkeit;
- **sofortige Umstellung der industriellen Produktion** (Autos, Flugzeuge, Rüstung usw.) auf Produkte, die der Gesellschaft helfen, die Gesundheitskrise in den Griff zu bekommen: Beatmungs- und Überwachungsgeräte, Intensivbetten und Schutzausrüstungen; die Arbeiter*innen können und müssen selber ihre Arbeitsplätze unter die Lupe nehmen und in Zusammenarbeit mit den Gesundheitsbehörden notwendige Maßnahmen ergreifen;
- **Enteignung der Privatbanken ohne Entschädigung** der Großaktionäre und Vergesellschaftung des Finanzsystems unter der Kontrolle der Bevölkerung, Aussetzung aller Bankgebühren auf Privatkonten und Bereitstellung von zinslosen Krediten an die arbeitenden Klassen zur Befriedigung ihrer unmittelbaren Bedürfnisse;
- **die sofortige Aussetzung der Zahlung der öffentlichen Schulden** ermöglicht die Mobilisierung von ausreichenden Mitteln, die die Länder benötigen, um die Bedürfnisse der Bevölkerung während der Pandemie zu befriedigen; die Aussetzung der Schuldenzahlung muss unter Beteiligung der Bevölkerung stattfinden, um unrechtmäßige Schulden zu erkennen und ersatzlos zu streichen

Leider sind diese Pandemie und die weltweite Krise der Anfang von sich wiederholenden Krisen, die durch die Globalisierung und den Klimawandel hervorgerufen werden. Der Kapitalismus hat eine Welt geschaffen, der die sozialen Systeme

destabilisiert, vernichtet und die Risiken von Klima- oder Gesundheitskatastrophen verschärft. Wir müssen der alten Welt der Profite, Pandemien und des Klimawandels ein Ende bereiten und die Zerstörung unseres Planeten stoppen.

Mehr denn je gilt:

Unser Leben ist mehr wert als ihre Profite.

8. April 2020

Belgien: [SAP](#) / [Gauche anticapitaliste](#)

Dänemark: [Socialistisk Arbejderpolitik \(SAP\)](#)

Deutschland: [Internationale Sozialistische Organisation \(ISO\)](#)

Frankreich: Section française de la Quatrième Internationale (SFQI)

Griechenland: [OKDE \(Spartakos\)](#), [Tetartodhiethnistiki Programmatiki Tasi \(TPT, Viert-Internationalistische Programmatische Tendenz\)](#)

Großbritannien: [Socialist Resistance](#)

Irland: [Socialist Democracy](#)

Italien: [Communia Network](#), [Sinistra Anticapitalista](#)

Niederlande: [SAP Grenzeloos](#)

Österreich: Sozialistische Alternative (SOAL)

Polen: Zbigniew Marcin Kowalewski

Portugal: Kollektiv von Mitgliedern der Vierten Internationale (PSFI), [Toupeira Vermelha \(Roter Maulwurf\)](#)

Russland: [Rossijskoje Sozialistitscheskoje Dwishenije](#) (RSD, Russische Sozialistische Bewegung)

Schweden: [Socialistisk Politik](#)

Schweiz: [Bewegung für den Sozialismus/Mouvement pour le Socialisme \(BFS/MPS\)](#), solidaritéS

Spanischer Staat: [Anticapitalistas](#)

Türkei: [Sosyalist Demokrasi için Yeniyol](#)

Für jene Genoss*innen die auf Facebook und in den sonstigen „sozialen Netzwerken“ ihr Unwesen treiben—wir stellen nach und nach einige Sharepics mit unseren Forderungen online. **Weiterverbreiten und kommentieren erwünscht!**

Pandemie—Sofortmaßnahme
Gesundheit darf keine Ware sein!
Pharmaindustrie vergesellschaften!



Pandemie—Sofortmaßnahme
Sofortige und strikte Einhaltung der Arbeitsschutzvorschriften
Kein Handschlag und kein Mausclick ohne genügend Schutzmaßnahmen!



Pandemie—Sofortmaßnahme

Stoppt die HartzIV-Sanktionen!

Statt Stromsperrung und Zwangsräumung: Regelsatz sofort verdoppeln!

Pandemie—Sofortmaßnahme

Lohnfortzahlung ohne Abstriche!

Kurzarbeitergeld heißt Subvention von Unternehmen auf Kosten aller!



Pandemie—Sofortmaßnahme

Stop mit der Schließung von Krankenhäusern!

Mehr Lohn für das Pflegepersonal!



Online Blogs zum Thema Corona + x sprießen aus dem Internat wie Unkraut in den ersten Sonnenstrahlen. Auf zwei beachtenswerte wollen wir dich hier hinweisen:

Solidarisch gegen Corona

X Trotz notwendiger räumlicher Distanzierung soziale Kontakte aufrecht-erhalten, um der Isolation entgegenzuwirken – z.B. mittels Telefon und Internet

X Nachbarinnen und Freunde, die einer Risikogruppe angehören, nicht gefährden und unterstützen – zum Beispiel für die Betroffenen einkaufen gehen

X Sich gegenseitig mit Lebensmitteln und Medikamenten aushelfen an-statt für den eigenen Haushalt zu horten

X Entscheidungen vom Chef, die euch unnötigen Risiken aussetzen, hin-terfragen, sich gemeinsam verweigern und solidarisch für Kolleginnen und Kollegen einsetzen

usw...



Mit diesem Blog wollen wir dazu einladen, trotz Kontaktsperre Informationen über Corona@Work auszutauschen, Verbundenheit und Solidarität über die Betriebe und einzelnen Arbeitsplätze hinaus herzustellen: Wie gehen die Arbeitgeber mit der Situation um? Wie sieht es mit dem Arbeits- und Gesundheitsschutz aus? Wie steht es um die Sicherheitsvorkehrungen am Arbeitsplatz und wie um die Sicherheit der Arbeitsplätze? Gibt es Kurzarbeitergeld und für wen?

Beteiligte Projekt:



und mehr...

Klassenkampf in Zeiten des Coronavirus

Von Gauche Anticapitaliste / Stroming voor een Antikapitalistisch Project (Belgien)

Und wenn die Covid-19-Pandemie trotz des großen Qualms der Appelle zur heiligen Allianz dabei wäre, als eine Offenbarung des Klassenkampfes zu wirken? Sie bringt jedenfalls die herrschende Klasse in eine delikate Position: weder völlig außer Tritt gebracht (indem sie schlecht und recht die Lehren aus der chinesischen Epidemie zieht und große Sorge hat, dass sich die italienische Katastrophe wiederholt), noch völlig Herrin der Lage (Zögern angesichts der Zwänge der Marktwirtschaft). Sie muss, zu radikalen Maßnahmen greifen, um die Ausbreitung des Virus zu kontrollieren, aber indem sie das tut, zeigt sie, dass die ganze bisherige Politik, die im Namen eines sogenannten ökonomischen Realismus geführt worden ist – das „Man muss den Gürtel enger schnallen“, das „There is No Alternative“ (TINA, Es gibt keine Alternative) – nur ungereimte Albernheit war, um das Wachstum zu retten.

Seht, was man entdeckt angesichts der gesundheitspolitischen Herausforderung: den Flugverkehr drastisch reduzieren, um die Klimaziele zu erreichen? Es wäre möglich gewesen! Die unsozialen Spardiktate der europäischen „Haushaltsdisziplin“ suspendieren? Es ist geschehen! Eine Milliarde Euro mobilisieren, um die Krankenhäuser zu unterstützen? Das ist machbar ... nun, lediglich in Form eines Vorschusses auf ihre zukünftigen Budgets. Die unnötigen und schädlichen Produktionen stoppen und sich auf die unbedingt notwendigen



GAUCHE
ANTICAPITALISTE

Bereiche konzentrieren? Damit wird angefangen zu wenig, zu spät, und manchmal, weil die Stimme der Beschäftigten sich Gehör verschafft, wenn sie sich weigern, der kapitalistischen Wirtschaft und ihren Bossen als Kanonenfutter zu dienen. Und die Requisitionen (von privaten Kliniken, von Vorräten an medizinischem Material), die unerträglichen Eingriffe in das sakrosankte Privateigentum? Auch das kommt nun mancherorts vor. Und warum so spät, warum mit so viel Zurückhaltung, warum die Schwüre bei den Göttern, das seien außergewöhnliche Ausnahmen? Weil damit eben in das Herz des Systems der Reproduktion des Kapitals getroffen wird.

Die Pandemie eindämmen, ohne an den Profiten zu kratzen

In Belgien wurden am 12. März die ersten halbherzigen Maßnahmen zur Begrenzung der sozialen Kontakte verkündet, sie betrafen den Bereich der Dienstleistungen (Schließung von Cafés, Kneipen, Restaurants), der Kultur (Theater, Kinos, Konzerte) und teilweise den Einzelhandel (Schließung der Geschäfte an den Wochenenden). Von Anfang an war klar, dass das nicht ausreicht. Warum die Geschäfte am Wochenende schließen und nicht an den Werktagen? Warum die Restaurants schließen und gleichzeitig die Leute weiterhin zwingen, arbeiten zu gehen und dafür die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen? Irrationale Maßnahmen unter dem Gesichtspunkt des Gesundheitsschutzes, die aber völlig rational sind vom Standpunkt der kapitalistischen Ökonomie aus. Ziel: Den Spagat schaffen, versuchen, die Pandemie einzudämmen, ohne die Profite der Unternehmen zu schmälern! Die zynischste Version dieser ökonomischen Rationalität ist die der „Herdenimmunität“, einer modernen Version der natürlichen Auslese, wie sie im Heimatland von Darwin, im Vereinigten Königreich unter Boris Johnson und in den Niederlanden vom Premierminister Mark Rutte vertreten wird. Sie nimmt die Opferung einer großen Zahl von Menschen (unter den am meisten Gefährdeten) auf sich, um die Auswirkungen auf die Ökonomie zu minimieren.

Am 17. März verkündet die Regierung Wilmès im zweiten Anlauf neue, strengere Maßnahmen (Schließung der Geschäfte und Läden außer den Lebensmittelgeschäften, Apotheken, Buchläden, Tankstellen... und Friseure). Homeoffice wird überall da zur Pflicht, wo es machbar ist. Aber das ist nicht für alle der Fall, bei weitem nicht! In Frankreich schätzt das Arbeitsministerium, dass nur wenig mehr als vier auf zehn Beschäftigte zuhause arbeiten können. Bei den Tätigkeiten, sie sich nicht für Homeoffice eignen, muss „der Beschäftigte sich wie gewöhnlich zur Arbeit begeben“ und „die vom Arbeitgeber bestimmten Regeln der sozialen Distanz einhalten“.

Das sind also stärkere Maßnahmen, die aber immer noch davor zurückschrecken, das Herz der kapitalistischen Produktion zu treffen. Währenddessen hat in Flandern die Spannung zwischen den Beschäftigten und den Geschäftsleitungen bei [der Brauerei] Hoegaarden/InBev und Tupperware fühlbar zugenommen. Der [Gewerkschaftsdachverband] ABVV/FGTB hat deutlich die sofortige Schließung von allen nicht notwendigen Bereichen angemahnt (zum Beispiel in der chemischen Industrie, wo man die Produktion von Medikamenten und die von Plastik und allen Weiterverarbeitungen des Erdöls auf dieselbe Stufe stellte!), womit sie in gewisser Weise die zweideutigen Erklärungen von Robert Verteneuil [seit 2017 Präsident der FGTB] relativiert hat, der die Beschäftigten zur „Solidarität“ aufgerufen hatte, um die Wirtschaft des Landes zu retten!

Aus welcher Ecke auch immer sie kommen, man muss allen diesen patriotisierenden Erklärungen und Appellen zur heiligen Allianz von Bevölkerung, Kapitaleigentümer*innen und Beschäftigten, aller Klassen ohne Unterschied also, gegen den gemeinsamen Feind Covid-19 den Hals umdrehen. Die rohe Realität ist doch die: Ohne menschliche Arbeit, sei es Handarbeit oder intellektuelle Arbeit, gibt es keine Profite! Damit wird die Grundlage des kapitalistischen Systems offengelegt: Die Ausbeutung der Arbeitskraft macht den

Mehrwert möglich. Darum die Notwendigkeit, so viele Leute wie möglich weiter arbeiten zu lassen, auch wenn damit die Beschäftigten Covid-19 ausgesetzt sind.

„Niemand ist hier aus freiem Willen, wir sind gezwungen zu arbeiten. Die Beschäftigten fühlen sich so behandelt, als hätten sie keinen Wert.“ Das sagt ein Wachmann auf einer großen Baustelle im Kanton Vaud (Waadt) in der Schweiz. In Italien hat der Premierminister Giuseppe Conte erst vergangenes Wochenende die Beendigung aller nicht notwendigen Produktionen verkündet und dabei anerkannt: „Wir haben keine Alternative.“ 5000 Menschen mussten sterben, bis diese Entscheidung endlich gefallen war! Und dabei scheint die Lobby des Unternehmerverbands Confindustria noch die Verwässerung dieser Maßnahme erreicht zu haben.

Verschiedene Unterdrückungsformen

Doch die Offenbarung geht darüber hinaus. Erstens erlaubt es die Corona-Krise, die Sphären der Produktion und der Reproduktion ganz klar zu unterscheiden. Die erstgenannte betrifft die verschiedenen und unterschiedlichen Produktionen, die erlauben, Mehrwert zu erzielen; die zweite betrifft die Tätigkeiten der Fürsorge (innerhalb wie außerhalb der Familie), die die Reproduktion der Arbeitskraft ermöglichen: Gesundheit, Bildung, Pflege, Ernährung usw. (auch wenn die Privatisierungen im Gesundheitsbereich, bei der Bildung und der Betreuung Pflegebedürftiger, beim Großhandel und beim Agrobusiness die Möglichkeit geschaffen haben, auch dort saftige Profite zu erzielen).

Wegen der Pandemie müssen wir die sozialen Kontakte auf ein Minimum reduzieren und uns deshalb auf die vitalen Bereiche konzentrieren, die der reproduktiven Arbeit. Das unterstreicht die Wichtigkeit der Arbeit der Frauen und der Menschen, die Opfer rassistischer Diskriminierung sind, in diesen Bereichen: Kassiererinnen im Supermarkt, Krankenschwestern,

Beschäftigte der häuslichen Pflege, Putzkräfte... mehrheitlich weibliche und/oder rassistisch diskriminierte, unterbezahlte, in Teilzeit arbeitende und übel prekarierte Arbeitskräfte, die im Kampf gegen den Virus an der vordersten Front stehen und diese vitalen Arbeitsbereiche aufrechterhalten. Außerdem bedeutet die weitgehende Beschränkung auf den häuslichen Bereich, dass die Frauen eine umso größere Last in Hinblick auf die Hausarbeit und die Kinderbetreuung tragen müssen.



Aber das zeigt „indirekt“ die Wichtigkeit dieser Bereiche, die Notwendigkeit, sie zu refinanzieren, und den herausgehobenen Rang, den sie in einer ökosozialistischen Gesellschaft einnehmen sollten, die mit jeder Form von Unterdrückung aufräumen will.

Zweitens rückt die Art und Weise, wie die Papierlosen und die Flüchtenden an den Grenzen behandelt werden, die Unmenschlichkeit der Herrschenden in grelles Licht. Die Zustände in den Flüchtlingslagern sind schon normalerweise unmenschlich, in der Zeit von Covid-19 sind sie es noch mehr. Auf Lesbos sind 22 000 Personen in einem Flüchtlingslager zusammengepfercht, das für 3000 vorgesehen ist, unter krank machenden Lebensbedingungen und hygienischen Verhältnissen.



Wie soll man sich unter solchen Bedingungen regelmäßig die Hände waschen können? Man wagt sich nicht vorzustellen, was passiert, wenn sich das Virus in den Lagern ausbreitet...

Bei uns leben die Papierlosen in geschlossenen Zentren eingesperrten Menschen auch unter beklagenswerten Bedingungen. Ein Kollektiv von 77 Anwält*innen erklärt

übrigens, dass ihre Inhaftierung illegal geworden ist. Mehrere Menschen in Vottem (in der Provinz Lüttich) haben einen Hungerstreik begonnen, um ihre Freilassung durchzusetzen. Die Reaktion des zuständigen Ausländeramts bestand darin, 300 Personen zu entlassen ... in die freie Wildbahn und mit der Auflage, das Territorium binnen 30 Tagen zu verlassen.

Die Möglichkeit einer autoritären Antwort und des sozialen Rückschritts

Die Covid-19-Pandemie erfordert radikale, rasche und weit ausgreifende Maßnahmen. Was die herrschende Klasse bislang angesichts der Klimakrise versäumt hat, wird ihr nun von der raschen Ausbreitung des Virus aufgedrängt. Aber täuschen wir uns nicht, die beschlossenen Maßnahmen zielen nicht darauf ab, die Gesellschaft zu verändern, mit der neoliberalen Politik Schluss zu machen oder auch nur ein Minimum an sozialer Gerechtigkeit zu garantieren; ihr Ziel ist es, angesichts der Pandemie und der beginnenden Wirtschaftskrise das System zu retten. Mit dem Staat intervenieren, um die Unternehmen zu retten, die Aktionär*innen, die ganze Dynamik der Kapitalakkumulation. Kurz, um die Haut der Bourgeoisie zu retten.

Einleitend haben wir gesagt, dass sich die herrschende Klasse in einer seltsamen Lage befindet (zum Teil diskreditiert wegen ihrer kriminellen Tatenlosigkeit... und dank der verspätet getroffenen Maßregeln zum Teil wieder rehabilitiert). Ihre Repräsentant*innen beginnen dabei, die Gelegenheit zu nutzen, die die gegenwärtige Periode ihnen bieten könnte: die Rechtfertigung eines autoritären und weiteren sozialen Rückschritt organisierenden Neoliberalismus.

Man sieht übrigens die ersten Erscheinungsformen davon: Aussetzung des Streikrechts in Portugal, Infragestellung des Rechts auf Arbeit im Namen der dringenden Gesundheitsmaßnahmen in Frankreich, Nutzung der Mobilfunk-

Daten in Belgien (ohne jede demokratische Kontrolle), damit die Fortbewegungen im Rahmen des Kampfs gegen das Virus nachvollzogen werden können. Man sieht recht gut, wohin das alles führen kann.

Das ändert alles!

Es wird gesagt: „Es hat ein vor dem Coronavirus und ein Nachher geben.“ Aber ist das so sicher? Auf dem Höhepunkt der Krise von 2008, die ein herausragender Anlass für die Infragestellung des Finanzkapitalismus war, ist dasselbe gesagt worden... Was bleibt heute, angesichts einer vorherzusehenden neuen umfassenden Krise, für die Covid-19 der auslösende Funke war, davon übrig? Schon heute gibt es Stimmen unter den Herrschenden, die eine Rückkehr zur „Normalität“ anmahnen, ihrer Normalität, der des entfesselten Produktivismus und der weiteren Zerstörung unseres Planeten, ihres „business as usual“. Aber wir werden weiterhin laut und hörbar rufen: Nein! Sie werden uns niemals dazu bringen hinzunehmen, dass das Anormale – die Ausbeutung der Menschen und die systematische Zerstörung der Erde – normal genannt wird!

Zunächst einmal ist es wenig wahrscheinlich, dass es auf kurze Sicht eine Rückkehr „zu ihrer Normalität“ geben wird. Erstens weil es unter dem Gesichtspunkt der Gesundheitsvorsorge „ein langes Zusammenleben mit Covid-19 in Betracht gezogen werden muss“, wie der Epidemiologe Marius Gilbert (Forscher an der ULB [der französischsprachigen Freien Universität Brüssel]) sagt. Zweitens, weil diese Krise droht, politisch wie ökonomisch gesehen tiefe Spuren zu hinterlassen, in Hinblick auf die Legitimität der herrschenden Klasse, die Gesellschaft zu führen, und zugleich auf die ökonomischen Folgen für breite Teile der Bevölkerung und der Beschäftigten, auch unter dem Gesichtspunkt der Formen und Mittel der Mobilisierung.

„Jetzt heilen wir, danach haben wir ein Hühnchen zu rupfen“, hat das Komitee „La santé en lutte“ (Die Gesundheit im Kampf) vor kurzem geschrieben. Das ist der Angriffspunkt, von dem aus wir uns auf die Auflösung dieser Krise vorbereiten müssen: Heute stehen wir unter Ausgangssperre, sobald wie möglich werden wir massiv auf die Straße gehen, um diejenigen für die Krise bezahlen zu lassen, die es verdienen! Die Bourgeoisie wird versuchen zu erreichen, und sie tut dies bereits, dass die abhängig Beschäftigten für die ökonomische Krise bezahlen, die sich aus der Krise der Gesundheitsversorgung entwickelt. Und die wenigen Maßnahmen zum Schutz der Arbeiterinnen und Arbeiter gehen zu Lasten der Sozialversicherungskassen, die ihrerseits mehr und mehr unter Beschuss genommen werden.

Wir müssen diesen Moment der Erschütterung nutzen, um etwas anderes durchzusetzen als die Rückkehr zu ihrer Normalität – in der ein Viertel der Menschheit nicht einmal Zugang zu sauberem Wasser hat, um sich die Hände zu waschen –, nämlich einen Schritt vorwärts zu einer anderen Gesellschaft, in der das Leben und die Gesundheit der Bürger*innen nicht mehr zweitrangig sind (und erst nach dem Wachstum und den Profiten der Unternehmen und Aktionär*innen kommen), sondern im Gegenteil der Dreh- und Angelpunkt einer Welt, die zugleich die Bedürfnisse aller und die Grenzen des Planeten respektiert.

Heute gilt mehr denn je: Unsere Leben sind mehr wert als ihre Profite!

Aus dem Französischen übersetzt von Manuel Kellner

Nicht genug zum Lesen für die Ostertage?

Dann findet ihr hier noch einige beachtenswerte Artikel und Beiträge:



Corona. Kapital. Krise.

[Für eine solidarische und ökologische Alternative](#)

Ein **Aufruf** vorgeschlagen von
Verena Kreiling, Winfried Wolf
und Christian Zeller



[Zwischen Überwachung und Selbstbestimmung: Klassenkampf im Home-Office](#)

Wer profitiert vom Home-Office? Sind es die Beschäftigten, die selbstbestimmter arbeiten oder doch Firmen, die ein höheres Arbeitspensum verlangen können? Die Frage ist offen, schreibt Benjamin Herr. Die Antwort hängt davon ab, wie der Konflikt zwischen Kapital und Arbeit im Betrieb ausgeht.

Gesellschaftlicher Aktionsplan

Wirksamer und solidarischer Gesundheitsschutz statt Profite!

Ein Vorschlag der ISO Ortsgruppe Rhein-Neckar

Chaos, Profitorientierung, Unfähigkeit und Zynismus kennzeichnen das Vorgehen der Herrschenden in der sich dramatisch weiter zuspitzenden Corona-Krise. Wir fordern stattdessen die sofortige Umsetzung eines gesellschaftlichen 13-Punkte-Aktionsplans zur entschlossenen Bekämpfung der Pandemie und ihrer schwerwiegenden Folgen.... [weiterlesen](#)



E-Mail

iso@intersoz.org

Telefon

+49 (0) 221 / 923 11 98
+49 (0) 162 / 392 97 85

Adresse

ISO – Internationale Sozialistische Organisation
Bundesbüro
Regentenstr. 57 – 59
51063 Köln

Facebook

facebook.com/intersoz.org

Twitter

twitter.com/InterSozOrg

Trotz alledem:

HERAUS* ZUM 1. MAI!

1. MAI 2020

**SOLIDARISCH
IST MAN NICHT ALLEINE!**

*IM RAHMEN DES INFektionSSCHUTZES



Ökosozialistische
Konferenz der ISO
2020

**KLIMA
KAPITALISMUS
WIDERSTAND**

9. & 10. Mai 2020 in ~~Köln~~

www.oekosozialistische-konferenz.de

